

## Scott Straus:

### Darfur and the Genocide Debate

*Foreign Affairs*, Jg. 84, Nr. 1 (Jänner/Februar 2005),  
S. 123–133

Präsident George W. Bush schuf mit einer Rede vor den Vereinten Nationen im Herbst 2004 ein Novum, als er den Begriff „Genozid“ erstmals im Zusammenhang mit einer gegenwärtigen Krise, nämlich der in Darfur im Sudan erwähnte. Scott Straus beschreibt in seinem Aufsatz die andauernde Debatte in der internationalen Gemeinschaft, ob der Fall Darfur als Genozid definiert werden kann/soll, und wie darauf reagiert wird.

Die aktuelle Krise in Darfur entstand aus mehreren Konflikten. Der erste ist der Bürgerkrieg zwischen der islamistischen Regierung und Rebellengruppen in Darfur. Ein weiterer Konflikt ist der zwischen dem Norden, der arabisch-islamisch dominiert ist, und dem Süden, dominiert von christlichen und animistischen Volksgruppen. Der zweite Konflikt schien einem Ende nahe. Jedoch bei den Verhandlungen wurde die Region um Darfur links liegen gelassen. Eine weitere Auseinandersetzung gibt es in Darfur selbst, wo ein Krieg um landwirtschaftlich nutzbare Felder zwischen arabisch- und afrikanischstämmigen Bewohnern herrscht, wobei keine klare Grenze zwischen den beiden Gruppen gezogen werden kann.

Sowohl im ersten als auch im dritten Fall wurde die Regierung von regierungsfreundlichen – weil von ihr bewaffnet und ausgerüstet – arabischen Milizen „vertreten“. Doch wie in den meisten Fällen waren im Laufe der Zeit nicht nur Militärpersonen unter den Todesopfern zu finden, sondern vor allem Frauen und Kinder. Wie viele Tote und Vertriebene es bis heute genau gibt, ist nicht bekannt, aber die Ausmaße der humanitären Katastrophe waren schon lange „Allgemeinwissen“. Sowohl Nichtregierungsorganisationen als auch die Vereinten Nationen und das US-Außenministerium berichteten regelmäßig über Gräueltaten an der Zivilbevölkerung, verursacht von beiden Parteien, von den Rebellen und von der Regierung.

Straus kritisiert, dass die internationale Gemeinschaft – obwohl sie von der Katastrophe im Sudan gewusst hat und weiß – nichts dagegen unternimmt. Zuerst wurde eine Debatte geführt, ob die Situation in Darfur überhaupt als Genozid bezeichnet werden kann. Dann, als zumindest eine humanitäre Katastrophe „feststand“, aber die Debatte noch immer fortgesetzt wurde/wird, wurden von den Vereinten Nationen Sanktionen verhängt, die ohne Wirkung verstrichen, und eine kleine militärische UNO-Einheit wurde nach Darfur gesendet, ist dort aber hilflos. Das heißt, dass sich die internationale Gemeinschaft einig war, dass man handeln muss, doch nicht in welcher Form.

Trotz der „Genozid-Konvention“, in der man sich zu einem „nie mehr wieder“ (bezogen auf den Holocaust) verpflichtet hat, sind keine effektiven Schritte gegen die Katastrophe im Sudan unternommen worden.

Straus kommt zu dem Schluss, dass es nicht so wichtig ist, einen Konflikt als Genozid zu qualifizieren (auch wenn diese Debatte nicht zu unterschätzen ist), sondern es wichtiger ist, bei Anzeichen einer humanitären Katastrophe schnell und entschlossen zu handeln.

Schade ist, dass Straus nicht auf das geringe allgemeine Interesse für die Probleme in Sub-Sahara-Afrika eingeht. Es ist schon richtig, dass zuerst einmal jemand die Führungsposition übernehmen muss, wie Straus anmerkt, aber wenn sich ein ähnlicher Fall in einem erdölexportierenden Land ereignen würde, wäre es sicherlich leichter, eine Führungsnation und auch gleich dazu eine Allianz für ein koordiniertes Vorgehen zu finden, da es dabei auch um eigene Interessen gehen würde. Aber in Darfur, was gibt es da schon, wofür es sich zu kämpfen lohnt, außer die Chance der Rettung von ein paar Menschen?

**Arnold Kubovec**